

linien zu drei großen Fluggesellschaften vorgesehen. Weiterhin sollen nach der Umstrukturierung im Energiesektor nur noch zwei Dutzend von derzeit mehreren Hundert Energieunternehmen übrigbleiben. Im Automobilsektor sollen noch 10 große Pkw- und Lastwagenhersteller nach einer Umstrukturierung des Sektors mit derzeit rd. 90 Unternehmen bestehen. Auch für die Bereiche Elektronik, elektrische Haushaltsgeräte und Schiffstransport sind Umstrukturierungen vorgesehen. (AWSJ, 11.8.00) Die Übernahme von Shandong Huaneng Power durch den führenden Stromversorger Huaneng International Power Ende Juli hat das Fusionsfieber in China erneut angeheizt. (HB, 24.8.00)

Unternehmenskonkurse sind ebenfalls trotz ihrer sensiblen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt worden. Für das letzte Jahr bestand nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur eine Vorgabe von 3.098 Unternehmenskonkursen, von denen tatsächlich 1.843 Unternehmen aufgelöst wurden. Hierbei wurden 29,1 Mrd. Yuan an uneinbringlichen Schulden abgeschrieben. Im laufenden Jahr sollen 1.093 Unternehmenskonkurse vorgesehen sein. (SCMP, 4.8.00) -schü-

SVR Hongkong

30 Skandal um politische Meinungsumfragen: Beeinträchtigung der akademischen Freiheit?

Seit Anfang Juli ist in Hongkong eine heftige öffentliche Kontroverse um die akademische Freiheit zur Durchführung von Meinungsumfragen entbrannt, die sich inzwischen zu einem politischen Skandal ausgeweitet hat. Regierungschef Tung Chee-hwa bzw. sein persönlicher Assistent Andrew Lo stehen unter Verdacht, in mittelbarer Weise Druck auf einen Wissenschaftler der Hong Kong University ausgeübt zu haben. Dieser führt seit längerem Meinungsumfragen zur Popularität Tung Chee-hwas und zur Glaubwürdigkeit der Hongkonger Regierung durch.

Besondere Brisanz erhielt die Kontroverse vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Popularitätswerte des Regierungschefs in den in Hongkong zahlreich durchgeführten Meinungsumfragen seit mehreren Monaten stetig im Sinken begriffen sind (vgl. C.a., 2000/6, Ü 39). Dieser Trend scheint Unterstellungen zu bestärken, Tung Chee-hwa könnte im Interesse seiner Chancen zur Fortsetzung seines Amtes des Regierungschefs, dessen Neubesetzung für das Jahr 2002 bevorsteht, versucht haben, auf das Metier politischer Meinungsumfragen Einfluss zu nehmen.

Die Kontroverse hatte ihren Ausgang genommen, als Dr. Robert Chung, Mitarbeiter an einem an der angesehenen Hong Kong University angesiedelten Meinungsforschungs-Projekt, Anfang Juli einen Artikel in der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* veröffentlichte. Darin hatte er ausgesagt, er habe über eine „dritte Partei“ eine unmissverständliche Botschaft erhalten, wonach Tung Chee-hwa wünsche, dass die innerhalb des Universitäts-Projekts durchgeführten Meinungsumfragen zur Popularität seiner eigenen Person und zur Glaubwürdigkeit der Regierung eingestellt würden (SCMP, 7.7.00).

Unter öffentlichem Druck offenbarte Dr. Chung eine Woche später den ominösen Kanal der Druckausübung, der über den Vizekanzler der Universität, Professor Cheng Yiu-chung, und sein Prorektor, Professor Wong Siulun, führte. Die Befragung dieser beiden Personen wiederum ergab, dass im Januar 1999 Andrew Lo, der persönliche Berater und Assistent Tung Chee-hwas in Liaison-Fragen, der Hong Kong University einen Besuch abgestattet habe, anlässlich dessen die dort durchgeführten Meinungsumfragen tatsächlich Gesprächsgegenstand gewesen seien. Während Professor Cheng jegliche Druckausübung durch Herrn Lo ebenso wie auf Dr. Chung bestritt, gestand Professor Wong zu, in dem betreffenden Zeitraum zwei Mal mit Dr. Chung über das Thema der Meinungsumfragen diskutiert zu haben, blieb aber ambivalent hinsichtlich der Frage einer politischen Druckausübung durch Andrew Lo. Letzterer wiederum gab an, im Januar 1999 ohne vorherige Absprache mit Tung Chee-hwa tatsächlich Gast der Univer-

sität gewesen zu sein, wobei es sich jedoch um einen reinen Höflichkeitsbesuch zur Kontaktherstellung gehandelt habe, wie er routinemäßig in sein Aufgabengebiet gehöre. Die an der Universität durchgeführten Meinungsumfragen seien ein nahe liegendes Gesprächsthema gewesen, ohne dass er dabei versucht habe, in irgendeiner Form Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Regierungschef Tung Chee-hwa selbst bestritt jegliche Kenntnis der oder Verwicklung in die unterstellten Kommunikationen (SCMP, 20., 21., 24., 25., 29.7., 1., 3.8.00; WSJ, 21., 24., 26.7.00).

Angesichts der uneindeutigen Lage setzte die Hong Kong University Anfang August einen unabhängigen Untersuchungsausschuss ein, der den Fall durch Anhörungen der Beteiligten klären sollte. Während Andrew Lo sich bereit erklärte, vor dem Ausschuss auszusagen, verweigerte Tung Chee-hwa seine Präsenz mit der Begründung, dass er die Würde seines Amtes nicht gefährden könne; er schickte stattdessen einen Vertreter vor den Ausschuss. Damit entsprach er Empfehlungen von Seiten Beijing-naher Medien sowie eines Hongkonger Delegierten zum Nationalen Volkskongress, die vermuteten, dass sich hinter den Unterstellungen Dr. Chungs eine Intrige verberge, die darauf angelegt sei, Tung Chee-hwa zu kompromittieren (SCMP, 24.7., 1., 2.8.00; WSJ, 28.7.00).

Nach elftägigen Anhörungen, die live im Rundfunk übertragen wurden, legte der Untersuchungsausschuss der Öffentlichkeit am 1. September einen 74-seitigen Bericht über den Fall vor. Darin befand er, dass das zu Grunde liegende Gespräch zwischen Andrew Lo und Professor Cheng im Januar 1999 insofern über den Rahmen eines reinen Höflichkeitsbesuchs hinausgegangen sei, als Lo darin bezweifelt habe, ob Dr. Chung nicht in einem Rollenkonflikt befangen sei. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit den Meinungsumfragen sei dieser nämlich in der Vergangenheit auch als politischer Kommentator aufgetreten, als er vor der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 ein Dokument an Tung Chee-hwa verfasst hatte, das sich mit der Frage politischer Reformen auseinandersetzte. In Reaktion auf das Gespräch mit An-

drew Lo habe Professor Cheng daraufhin Professor Wong veranlasst, einen Hinweis an Dr. Chung hinsichtlich der problematischen Natur der Meinungsumfragen in der kalkulierten Absicht zu geben, dessen Recht auf akademische Freiheit zu beschneiden (SCMP, 22.8., 2., 6.9.00; FT, 22.8.00; IHT, 5.9.00).

Andrew Lo wies die Anschuldigungen des Berichts an seine Person als defamierend zurück. Professor Cheng und Professor Wong bestritten zwar ebenfalls die Richtigkeit der Aussagen des Berichts im Hinblick auf ihre Rolle in dem Fall, traten aber wenige Tage später von ihren Ämtern als Vizekanzler bzw. Prorektor der Hong Kong University zurück, um den Ruf der Universität nicht weiter zu schädigen (SCMP, 6.9.00; IHT, 7.9.00).

Der bislang nicht abschließend geklärte Fall hat zu einer kontroversen Debatte über die akademische Freiheit in Hongkong geführt. Während offizielle Vertreter betonen, dass das Gut der akademischen Freiheit ebenso wie die Presse- und andere demokratische Freiheiten höchsten Schutz genieße und in keiner Weise willentlich angetastet worden sei, ist in akademischen Kreisen die Ansicht verbreitet, dass der Vorfall die wissenschaftliche Arbeit erheblich politisiert und die akademische Freiheit beeinträchtigt habe (RTHK Radio 3, 20.8.00, nach SWB, 22.8.00; SCMP, 26.7., 30.8., 1.9.00). Aus einer distanzierten Betrachtung lässt sich bisher absehen, dass der Fall tatsächlich zu einer erhöhten Sensibilität bezüglich der Frage akademischer Freiheit geführt hat, die bei Wissenschaftlern selbst im Zweifelsfall zu einer gewissen Vorsicht in ihrer Arbeit führen könnte. Zugleich aber ist zu sehen, dass die heftige öffentliche Kontroverse in Hongkong selbst Ausdruck einer starken Wertschätzung des Gutes akademischer Freiheit ist, die dadurch eher gefördert als beeinträchtigt worden sein dürfte.

Was die politische Dimension des Skandals angeht, der von einem ausländischen Kommentatoren mit dem Begriff „mini-Watergate“ umschrieben wurde (FT, 22.8.00), so hat er die Glaubwürdigkeit der offiziellen Vertreter klar beschädigt. Die Popularitätswerte Tung Chee-hwas sind im Zuge des Skandals auf ein Rekord-

tief gefallen; nach jüngsten Umfragen sind nur noch 32% der Bevölkerung mit ihrem Regierungschef zufrieden; im April lag die Rate noch bei 38% (SCMP, 6.8., 8.9.00). Positiv dürfte sich der Vorfall dagegen für die prodemokratischen Kräfte als Anwärter der demokratischen Freiheiten in Hongkong auswirken, die im Zuge der wirtschaftlichen Rezession im Gefolge der Asienkrise nach und nach die Unterstützung der Bevölkerung eingebüßt hatten (vgl. C.a., 2000/7, S.795, 796).

Schließlich hat der Fall einen „clash of cultures“ zu Tage gefördert: Wie das Verhalten der beteiligten Akteure, insbesondere die live in den öffentlichen Medien übertragenen Anhörungen vor dem Untersuchungsausschuss deutlich gemacht haben, kollidierten hier eine „britische Kultur“ öffentlicher Debatte mit einer „chinesischen Kultur“ diskreter Einflussnahme durch subtile Signale. Während Dr. Chung und Vertreter anderer Universitäten bestrebt waren, durch Offenlegung aller relevanten Informationen und vollständige Transparenz ihres Verhaltens ihre persönliche und akademische Integrität zu demonstrieren, zeigten sich die offiziellen Vertreter der Regierung und der Universität bestrebt, einander durch ambivalente Stellungnahmen und Erinnerungslücken zu schützen. Zumind. vorübergehend hat sich die letztere „Kultur“ dabei als unterlegen erwiesen. -hol-

31 Dritte Runde der Beratungen über Bildungsreform abgeschlossen

Am 31. Juli endete die dritte Runde der Beratungen über die Bildungsreform. In dieser dreimonatigen Beratungsphase konnte die Öffentlichkeit Vorschläge und Eingaben mit Finanzierungsanträgen an die Bildungskommission richten. Noch in den letzten drei Stunden gingen 1.800 Anträge ein; insgesamt wurden in dieser Phase 8.600 Anträge eingereicht. Die Kommission wird jetzt alle Eingaben prüfen und bis Oktober daraus endgültige Vorschläge formulieren, die dann dem Regierungschef unterbreitet werden sollen.

Schon jetzt wird deutlich, dass die Bildungsreform zusätzlich Milliarden

Dollar kosten wird. Die kostenintensivsten Reformen sind die Erweiterung der Sekundarschulbildung von fünf auf sechs Schuljahre sowie die Verlängerung des Hochschulstudiums von drei auf vier Jahre. Die Universitätspräsidenten haben 20% mehr Mittel gefordert, um das vierte Studienjahr anbieten zu können, obwohl die Regierung von vornherein klar gemacht hat, dass die Hochschulen das zusätzliche Studienjahr mit den vorhandenen Mitteln finanzieren müssen. Dazu sehen sich die Universitäten allerdings nicht in der Lage, es sei denn, sie reduzieren die Zahl der Erstsemester. Die Bildungskommission steht jedoch zu ihrer Entscheidung, freie Mittel in die Elementarbildung zu investieren, deren Qualität dringend zu verbessern sei. Die Regierung argumentiert, dass schon jetzt ein Drittel der Bildungsausgaben (rd. 45 Mrd. HK-Dollar pro Jahr) in den tertiären Bildungssektor fließe, und das sei genug.

Demgegenüber plädierte der Präsident der Universität für Wissenschaft und Technik dafür, dass die Regierung insgesamt mehr für das Bildungswesen ausgeben müsse. Im Vergleich zu Taiwan, das 6,75% des BIP für Bildung ausbeut, wende Hongkong nur knapp vier Prozent dafür auf, obwohl Hongkong wohlhabender als Taiwan sei. Es sei für die Universitäten unmöglich, mit den vorhandenen Mitteln ein vierjähriges System einzuführen und zugleich die Qualität von Lehre und Forschung zu halten. Bislang ist unklar, ob die Regierung sich umstimmen lässt. Insbesondere aus Wirtschaftskreisen kommen Vorschläge, stärker auf private Zuwendungen und Eigenbeteiligung an den Schul- und Universitätsgebühren zu bauen. Dies hingegen wird von Seiten des Hongkonger Lehrerverbandes abgelehnt; man wolle kein Schulgeldsystem einführen, bei dem bedürftige Familien sich die guten Schulen für ihre Kinder nicht leisten könnten. (Vgl. SCMP, 1.8.00)

Unterdessen ist es schon zu einer wichtigen Neuerung im Schulwesen gekommen: Der umstrittene „Academic Aptitude Test“ in der sechsten Grundschulklasse, der darüber entscheidet, welche Sekundarschule ein Kind besuchen kann, wurde im Juli abgeschafft (SCMP, 5.7.00). Die Prüfung war vor allem kritisiert worden, weil sie zu großen Druck auf die Schüler ausübe.

Einer Umfrage zufolge sind die meisten Eltern jedoch dafür, eine neue Art von Aufnahmeprüfung für die Sekundarschule einzuführen, allerdings mit anderem Inhalt als der bisherige Test. (Vgl. SCMP, 31.7.00) -st-

SVR Macau

32 Edmund Ho besucht Singapur

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) Edmund Ho (He Houhua) stattete dem Stadtstaat Singapur auf Einladung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, S. Jayakumar, vom 29. August bis 1. September einen offiziellen Besuch ab. (XNA, 16., 29., 30., 31.8., 1., 2.9.00) Begleitet wurde er u.a. von Tong Chi Kin, Mitglied des Exekutiv- und Legislativrates. Gleichzeitig brach eine 90-köpfige Tourismusdelegation der SVRM nach Singapur auf, um die Tourismusindustrie zu fördern. Geleitet wurde sie von Fernando Chui Sai On, Sekretär für soziale und kulturelle Angelegenheiten. Bei Edmund Hos Besuch ging es um die verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten Informationsindustrie, High-Tech und Ausbildung von Staatsbediensteten. Ho traf mit Ministerpräsident Goh Chok Tong, Senior Minister Lee Kuan Yew, S. Jayakumar und mit dem Minister für Kommunikation und Informationstechnologie Yeo Cheow Tong zusammen. Er gab bekannt, dass Macaus Sekretärin für Verwaltung und Justiz, Florinda da Rosa Silva Chan, in Kürze Singapur besuchen werde, um die praktische Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Beamten im öffentlichen Dienst voranzutreiben. Macau werde nicht Singapurs Art der Verwaltung kopieren, jedoch von seinen Erfahrungen bei der Ausbildung lernen, so der Regierungschef. Vor der Chinesischen Industrie- und Handelskammer in Singapur und der Internationalen Handelskammer von Singapur pries Edmund Ho die gute Umsetzung des Systems „Ein Land, zwei Systeme“ in Macau. Zu den wirtschaftlichen Perspektiven des Territoriums sagte er, es gebe Anzeichen dafür, dass die Rezession endlich den Tiefstand

erreicht habe; in den ersten sechs Monaten 2000 sei Macaus Exportwert um 13,8% auf 1,15 Mrd. US\$ gestiegen. (XNA, 1.9.00)

Am 29. August nahm Edmund Ho an der Eröffnung der „Woche der Macau-Werbung“ des Tourismusamts der Macauer Regierung teil. Chui Sai On hob in seiner Ansprache die Bedeutung der Tourismusindustrie als Rückgrat der Wirtschaft Macaus hervor; sie mache 38% des BIP aus. Vor der Eröffnung unterzeichneten das Tourismusamt und Singapore Airlines Ltd. (SIA) ein Memorandum über die Zusammenarbeit zur Förderung des Tourismusmarktes in Macau. Zunächst ein Jahr lang (bis zum 28. August 2001) wird SIA Unterstützung bei der Marktförderung gewähren und Reiseveranstalter ermutigen, Urlaubsprogramme für Reisen nach Macau und Südchina zusammenzustellen. Das Tourismusamt erhofft sich durch die Kooperation mit SIA eine größere Zahl von Besuchern aus Singapur und Indonesien und SIA zielt darauf ab, für Macau als Tor zu Südchina zu werben. (XNA, 31.8.00; Pressemitteilung des Tourismusamts der Macauer Regierung vom 29.8.00; IFT, 30.8.00)

Edmund Ho hatte im Mai auf seiner ersten offiziellen Auslandsreise seit seiner Amtseinführung Portugal und Frankreich besucht, es aber leider versäumt, auch das EU-Hauptquartier in Brüssel und Deutschland als wichtigsten Handelspartner Macaus in Europa zu besuchen. Der Regierungschef kündigte für September einen Japanbesuch an. -ljk-

33 Beraterfirma untersucht die Glücksspielindustrie

Die Glücksspielkonzession für das Kasino-Konsortium STDM (Sociedade de Turismo e Diversoes de Macau, Macau Tourism and Amusement Co.) des Stanley Ho wird Ende nächsten Jahres beendet (s. C.a., 2000/7, Ü 38). Jetzt nahm der 78-jährige Geschäftsmann auf einer Preisverleihung von Radio Television Hong Kong am 2. August erstmals zu dieser noch nicht offiziell verkündeten Entscheidung der Regierung der SVRM Stellung. Er sei bereit, sein Monopol aufzugeben und erwäge nicht, die Regierung um eine

Verlängerung der Konzession zu bitten. Letztes Jahr habe er noch gehofft, dass die Regierung ihm eine Verlängerung zwischen drei und fünf Jahren gewähren würde. „Mir scheint, dass Macaus Regierung dies nicht mehr mit uns diskutieren will. ... Die Nachricht [von der Beendigung des Monopols] ist immer noch unbestätigt. Macaus Regierung hat dazu keinen Kommentar abgegeben. ... Ich erwarte, dass die Regierung etwas sagt ... möglicherweise Ende des Jahres.“ „Ich betreibe das Kasinogeschäft nunmehr seit 38 Jahren. Ich werde das weiter tun, so lange wir das können, selbst wenn wir das Monopol verlieren. Ich begrüße auch den Wettbewerb. Wo Wettbewerb herrscht, gibt es Fortschritt.“ „Der Gewinn wird geringer sein als jetzt, falls wir das Monopol verlieren, aber ich Sorge mich um Macau. Ich werde weiterhin in die Enklave investieren, vor allem im Tourismus, auch wenn wir das Monopol verlieren.“ Er werde sich bemühen, die Arbeitsplätze für die 10.000 Mitarbeiter zu schützen. Zurzeit ist Stanley Ho in einem neuen Großprojekt engagiert. Zusammen mit dem Glücksspielbetreiber David Chow Kam-fai will er ein Unterhaltungsprojekt am Hafenkai in Höhe von 600 Mio. HK\$ bauen. „Das ist ein sehr interessanter Touristenort in Macau“, so Stanley Ho. „Auch können so 2.500 Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, was die Arbeitslosigkeit mildert. ... Wir hoffen, dass das ganze Projekt innerhalb von 18 Monaten beendet werden kann. Unsere Gesellschaft übernimmt 51% der Projektanteile, und wir erwarten, in drei Jahren Gewinne erzielen zu können.“ (SCMP, 3.8.00)

Auf einer Pressekonferenz am 23. August gab der Wirtschafts- und Finanzsekretär Francis Tam Pak Un den Beschluss der Regierung bekannt, die transnationale Beraterfirma Arthur Andersen als Berater bei der Ausarbeitung zukünftiger Strategien für die lokale Glücksspielindustrie zu berufen. Andersen sei auserwählt worden, weil die Firma als unabhängiges Unternehmen ohne Vorurteile gelte. „Die Empfehlungen werden als Hauptrichtlinie angesehen, aber nicht 100%ig ausgeführt werden.“ Arthur Andersen werde in drei Stufen vorgehen. In einer ersten Stufe werde sie vier Wochen benötigen, um einen Bericht vor-